

Zeitung der PDS Offene Liste im Rat der Stadt Essen

V.i.S.d.P. PDS-Ratsgruppe, An St. Marien 1, 45141 Essen, Telefon: 02 01-8 60 29 04, Fax: 02 01-8 60 29 06



HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

174.553 Bürgerinnen und Bürger haben sich in ganz NRW bis zum 28.1.2004 in die Listen der Volksinitiative für den Erhalt der Kinder- und Jugendarbeit eingetragen, gut 7.700 aus Essen. Nötig waren 65.900 Unterschriften, so dass das Quorum nicht nur erreicht wurde, sondern mehr als die doppelte Anzahl der benötigten Unterschriften zusammenkam. Die Zahl ist beeindruckend.

Die Initiative, die von der Arbeitsgemeinschaft Haus der offenen Türen in NRW (AGOT-NRW) ins Leben gerufen wurde, fordert vom Landtag ein Gesetz zur finanziellen Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit. In seinem ersten Haushaltsentwurf vom November 2003 hatte der Landtag die Förderung in diesem Bereich von 96,5 Mio. Euro auf 67,5 Mio. Euro gekürzt. Aufgrund des öffentlichen Drucks, vor allem ein Verdienst der Volksinitiative, wurde der Etat zumindest wieder auf 79 Mio. Euro aufgestockt.

Der Landtag wird sich mit der Forderung der Unterzeichner auseinandersetzen und darüber entscheiden müssen. Der endgültige Erfolg der Volksinitiative steht also noch in den Sternen, denn der Landtag kann die Forderung auch vom Tisch fegen.

Niema Movassat

Europäischer Aktionstag gegen Sozialabbau.

Unser Europa – Das sind wir

Am Samstag, 3. April, werden Millionen von Menschen in vielen europäischen Städten gegen den Abbau sozialer Rechte, für ein ausreichendes Mindesteinkommen und eine sozial ausgerichtete europäische Verfassung demonstrieren. Der DGB ruft zu einer Großdemonstration in Köln auf.

Busse aus Essen fahren um 9 Uhr von den Bushaltestellen am Südausgang des Hauptbahnhofes ab. Wer mitfahren will, muss sich umgehend (bis 1.3.!) über seine Gewerkschaft oder den DGB anmelden (Tel. 532470, Fax 6324720).

Anträge stellen, Widerspruch!

Kranken-Eigenanteile nicht im Sozialhilfe-Regelsatz enthalten

Die Arzt-Praxisgebühr von 10 Euro pro Quartal und die Zuzahlungen für Medikamente haben in den letzten Sitzungen von Sozial- und Gesundheitsausschuss zu Diskussionen geführt. Anlass: Die Nutzung des Arztmobils für Obdachlose ist in den ersten Wochen des neuen Jahres so drastisch gesunken, dass sich der Praxiswagen nicht mehr trägt. Viele Obdachlose lassen ihre Krankheiten unbehandelt, weil sie das Geld nicht haben. Vor allem die CDU zeigte sich im Sozialausschuss empört – obwohl die Praxisgebühr ein Vorschlag der Unionsparteien war. Einigkeit bestand darüber, dass die Zahlungsregelungen Unfug sind und Abhilfe gesucht werden soll.

Eine mögliche Abhilfe zeichnet sich durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts Braunschweig ab. Ich habe schon in der Sozialausschusssitzung darauf hingewiesen, dass die Eigenanteile, die auch von den seit dem 1.1.2004 krankenversicherungspflichtigen Sozialhilfeempfängern erhoben werden, bei der Berechnung des Bedarfs nicht berück-

sichtigt wurden. Genau das sieht auch das Verwaltungsgericht Braunschweig in einem Urteil vom 14.1.2004 (Az.: 4 B 64/04) so. Es verpflichtete das Sozialamt der Stadt Braunschweig, Gebühren und Zuzahlung zu übernehmen. Eine Zuzahlung sei dem Antragsteller, der zur Zeit einen Drogenentzugstherapie macht, nicht zuzumuten. Die Verpflichtung zur Übernahme des Eigenanteils gilt zunächst allerdings nur bis zum 30.6.2004, da dann die Regelsätze neu festgelegt werden sollen.

Trotzdem weist das Urteil eine Perspektive für Sozialhilfeempfänger/innen auf. Sie sollten Anträge auf Erstattung des Eigenanteils stellen und gegebenenfalls Widerspruchverfahren bis hin zu Klagen einleiten. Das empfiehlt auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI). Es sollte alles versucht werden, um die Leistungskürzungen durch die Hintertür bei Menschen, die ohnehin auf dem Existenzminimum leben, zu verhindern.

Wolfgang Freye



Der Beratungs-Container der IG Bau auf der Saalbau-Baustelle. Er wurde der Gewerkschaft zugestanden, nachdem sie Lohndumping auf der größten städtischen Baustelle aufdeckte, meist bei polnischen Arbeitern. Kürzlich gab es wieder einen Fall: Ein Nachunternehmer zahlte drei Monate lang gar keinen Lohn. Die PDS forderte im Bauausschuss zum wiederholten Mal Vertragsstrafen für die verantwortlichen Firmen. Bisher blockt die Verwaltungsspitze jedoch. (Foto: Olaf Swillus)

Verlässliche Förderung statt Strohfeuer

PDS Offene Liste lehnt Essener Bewerbung zur Kulturhauptstadt ab

Im Jahre 2010 wird eine deutsche Stadt turnusmäßig den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ tragen. Welche Stadt aus NRW sich der bundesweiten Konkurrenz stellt, entscheidet der grüne Kulturminister Vesper bis Ende Juni 2004. Stellvertretend für das Ruhrgebiet soll sich nach dem Entscheid des Kommunalverbandes Ruhr (KVR) Essen bewerben, wobei die anderen Städte, insbesondere Bochum, einbezogen werden sollen.

Im Stadtrat Essen war die PDS die einzige Partei, die die Bewerbung ablehnte. Dabei ging es uns um ganz konkrete Gründe.

Der Titel „Kulturhauptstadt Europa“ ist begehrt, weil sich mit ihm die Vorzüge einer Stadt werbewirksam in Szene setzen lassen. Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Müller, jetzt RAG-Chef, bringt es auf den Punkt: Er will den Titel, weil darüber Investitionen in die Region gezogen werden. Es geht also ganz wesentlich um Wirtschaftsförderung. Von den erwarteten Besucherströmen profitieren vor allem Hotels, Gaststätten und der Handel.

Da könnte man erwarten, dass sich die ansässigen Konzerne an den Kosten beteiligen. Aber weit gefehlt. Ganze 9 Mio. Euro von 48 Mio. Euro Gesamtkosten sind in Essen als Sponsoring-Mittel eingeplant. Eine lächerliche Summe im Vergleich z.B. zur Stadt Köln, die 40 Mio. Euro Sponsoring-Einnahmen veranschlagt. Aber auch

die 9 Mio. Euro müssen erst einmal hereinkommen.

Finanzierung nicht gesichert

Die gesamte Finanzierung steht in Essen auf tönernen Füßen. Der städtische Anteil ist mit 6 Mio. Euro veranschlagt, die aus dem laufenden Kulturhaushalt kommen sollen. Wie das gelingen soll, ohne an anderen Stellen zu streichen, ist ein Rätsel. Ob Bund und Land sich mit insgesamt 18 Mio. Euro beteiligen, ist angesichts der dortigen Streichorgien unwahrscheinlich. Weitere Zuschüsse sind vom KVR eingeplant, doch auch der muss sparen. Von der EU gibt es lediglich 1 Mio. Euro. Letztlich würde aber die Stadt Essen – pleite wie alle Ruhrgebietsstädte – allein das Risiko tragen.

Seit Wochen setzen sich vor allem die Repräsentanten der großen Kulturinstitutionen sowie unisono CDU, SPD, Grüne und FDP für die Bewerbung ein. Leise kritische Töne kommen lediglich von den Vertretern der freien Kulturszene. Der Essener Kulturbeirat warnte: „Die vorhandenen Kultureinrichtungen und die freie Szene sollten nicht zugunsten kultureller Highlights („Leuchtturmprojekte“) Einsparungen und Kürzungen hinnehmen müssen, sondern entscheidende Entwicklungsfaktoren des Kulturhauptstadt-Programms sein ... Der Kulturbeirat plädiert dafür, die Bewerbung weiter zu verfolgen, dabei aber nicht nur an hochkarätigen Kulturtourismus zu denken, son-

dern vielmehr den Zugang zur Kultur für alle Bürger der gesamten Region Ruhrgebiet sowie die breit angelegte Beteiligung von Künstlern und kulturschaffenden Bereichen im Auge zu behalten.“

Nachhaltigkeit kommt zu kurz

Genau in dem vom Kulturbeirat zuletzt genannten Punkt kann das vorgelegte Konzept aus Sicht der PDS nicht überzeugen. Da ist z.B. von einem „strategischem Programm zur kulturellen Stadtentwicklung“ die Rede. Vorgeschlagen wird dann lediglich „gezielt urbane Höhepunkte im innerstädtischen öffentlichen Raum“ zu entwickeln, u.a. durch „temporäre Architektur“ in den Innenstädten. Einen Bedarf an weiteren Events als kurzfristige Strohfeuer kann die PDS-Ratsgruppe für das Ruhrgebiet nicht erkennen. Kulturelle Stadtentwicklung wäre in verschiedenen Richtungen denkbar und wünschenswert, kommt aber in der Bewerbung zur Kulturhauptstadt nicht vor.

So fehlt bisher ein Konzept, die Kultur der Migranten wirksam einzubeziehen. Immerhin stellen sie bis zu 20 % der Einwohner des Ruhrgebietes. Aber auch Fragen der kulturellen Erziehung in Kindergärten und Schulen wären wichtig, ebenso Überlegungen zum Erhalt und Ausbau soziokultureller Einrichtungen und der freien Kunstszene.

Immer wenn es um die Beteiligung von Menschen geht, um Breitenkultur im weitesten Sinne, ist das Konzept kurz und wenig präzise. Konkret wird den Vereinen und bürgerschaftlichen Initiativen vor allem die Durchführung der Begegnungsprojekte zugewiesen sowie Aktivitäten auf Stadtteilebene. Zur finanziellen Ausstattung verliert das bisher vorliegende Konzept kein Wort. Skepsis ist

Kulturhauptstadt Graz: Kritische Bilanz der KPÖ

Im Vorfeld der Entscheidung über die Bewerbung als Kulturhauptstadt hat sich die PDS auch bei einer Kommune erkundigt, die bereits Kulturhauptstadt war: Bei Graz in Österreich. Die KPÖ, mit 20 % im Grazer Gemeinderat, hatte der Bewerbung von Graz zwar zugestimmt, sieht aber nun einiges aus ganz anderer Sicht. Die Teilnahme am Kulturhauptstadtjahr war für die 250.000 Einwohner zählende Stadt vor allem teuer (rund 55 Mio. Euro) und eine Belastung der Gemeindefinanzen. Und zwar nicht nur einmalig, sondern durch die Betriebskosten der neu errichteten Bauten

und Anlagen langfristig.

In einem Schreiben der KPÖ heißt es: „Bei einer differenzierten Betrachtung kann man dem Jahr sicher einige gute Seiten abgewinnen (Aber) die finanzielle Situation der Stadt wurde durch die Großprojekte dramatisch verschlechtert, so dass in den kommenden Jahren (oder sogar Jahrzehnten) kein politischer Spielraum mehr vorhanden ist. Alles, was 2003 erreicht wurde, wird durch die Folgen wieder zerstört - die beachtliche freie Szene in Graz wird teilweise an Unterfinanzierung sterben, das ist so gut wie sicher ... Unsere Befürchtungen sind insgesamt eingetreten:

■ Die Stadt hat sich mit den Großprojekten übernommen und wird jahrelang

mit Sparpaketen leben müssen (Graz hat in 2004 ein Budgetloch von 140 Mio. Euro).

■ Das Kulturhauptstadtjahr war zwar imposant, hat der Stadt aber finanziell nichts gebracht.

■ Die Kultur wurde dabei völlig in den Hintergrund gedrängt. Man kann sogar sagen, dass die lokale Szene mittelfristig ruiniert werden wird.

■ Zur Durchführung der Organisation wurde ein riesiger Apparat geschaffen (in Form einer GmbH), den zu entsorgen mehr als schwierig ist.“

Von einer positiven Nachhaltigkeit für die Grazer Kultur ist nach dem „Jahreskehrhaus“ 2003 nichts zu spüren. Das Grazer Kulturbudget 2004 wurde nicht

angebracht: Die Stadtteilbibliotheken, wichtige Anlaufstelle für die kulturelle Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, sind in Essen von der CDU-FDP-Mehrheit gerade in ihrer Funktionsfähigkeit eingeschränkt worden. Auch der Kulturbeirat mahnte zurecht, dass die kulturelle Grundversorgung nicht vernachlässigt werden darf. Stadtteilbibliotheken sind hier ebenso ein Grundpfeiler wie die Musikschulen, die ebenfalls in finanziellen Schwierigkeiten stecken.

Regionale Kooperation nur Schlagwort

Ebenso kann bezweifelt werden, ob das Ziel, die regionale Kooperation im Ruhrgebiet zu fördern, wirklich Ernst gemeint ist. Konkrete Hinweise auf bereits bestehende verbindliche Absprachen fehlen. Letztlich ist bisher im kulturellen Bereich das Ruhrgebiet mehr von Konkurrenz denn von Zusammenarbeit geprägt. Während die neue Philharmonie in Dortmund Auslastungsprobleme hat, baut Essen den städtischen Saalbau unbeeindruckt weiter zur Philharmonie aus – ausdrücklich in Konkurrenz zu Dortmund und Duisburg.

Auf den Essener Führungsanspruch für das Ruhrgebiet reagieren die anderen Städte im Revier denn auch durchaus allergisch. Dies wird auch in einer Telefonumfrage der WAZ, der auflagenstärksten Zeitung im Revier, zur Frage deutlich: „Wer sollte Kulturhauptstadt werden?“ Im Ergebnis hatte Essen die Nase mit 50,24 % der Anrufer zwar leicht vor. Wenn man allerdings berücksichtigt, dass Essen deutlich größer ist als Bochum, so sind ganze 345 Stimmen Vorsprung bei einer Beteiligung von 73.011 Menschen für Essen doch eher blamabel. *Gabriele Giesecke*

erhöht, sondern gesenkt, die lokale Kulturszene erhielt über 2003 hinaus keine mehrjährigen Förderverträge mehr. Sie hat ihre Alibifunktion für die Kulturhauptstadt 2003 erfüllt. Eine Vielzahl von Mehrzweckhallen einschließlich eines baurechtswidrig errichteten Kunsthauses auf der Mur-Insel stehen meist leer, weil sie überdimensioniert und am Bedarf vorbei hochgezogen wurden.

Eine weitere Erkenntnis ist: Die mit einem Kulturhauptstadtjahr zwangsläufig einhergehende Professionalisierung des Kulturbetriebs kann in eine totale Kommerzialisierung münden, da bestimmte Entwicklungen nicht rückgängig gemacht werden (können).

Hans-Jürgen Schwartz

AUS BEZIRKSVERTRETUNGEN UND AUSSCHÜSSEN

Bezirksvertretung III: Wohnungsbaugesellschaften eingeladen

Einstimmig hat die Bezirksvertretung III Essen-West in ihrer letzten Sitzung die Arbeitsgemeinschaft Essener Wohnungsbaugesellschaften gebeten, ihr ihre Sanierungsvorhaben für die Wohnungsbestände im Essener Westen vorzustellen. Wie berichtet, wollen die Essener Wohnungsbaugesellschaften zusätzlich zu den laufenden Erhaltungsinvestitionen allein in diesem Jahr 100 Mio. Euro investieren, um in problematischen Vierteln größere, attraktivere Wohnungen zu schaffen, aber auch das Wohnumfeld zu verbessern.

Mit der von der PDS beantragten Einladung hat die Bezirksvertretung III anders als der Ausschuss für Stadtplanung signalisiert, dass sie das Anliegen der Wohnungsbaugesellschaften begrüßt und die Kooperation sucht. Im Planungsausschuss hatten CDU, SPD und die Verwaltung das Vorhaben in teilweise peinlichen Auftritten in Frage gestellt.

„Dass es den Wohnungsbaugesellschaften um eigene Interessen geht, um die Vermarktung ihrer Bestände, ist klar,“ so PDS-Bezirksvertreter Wolfgang Freye. „Wenn das Investitionsprogramm jedoch zu mehr Lebensqualität im Wohnumfeld führt, haben viele Einwohner/-innen etwas davon.“ Luxussanierungen mit dem Ziel von Mietsteigerungen lehnt die PDS selbstverständlich ab.

Auch in der Bezirksvertretung I Innenstadt hat der PDS-Vertreter, Frank Tiedemann, einen ähnlichen Antrag vorgelegt. Er wird dort am 24.2.2004 behandelt. *wof*

trag nur unter bestimmten Bedingungen zu. Dazu gehört die Erlaubnis, seine Frachtflugzeuge in Mülheim zu warten, was zu einer erheblichen Steigerung der Starts und Landungen und damit zu weiteren Belastungen der Anwohner führen würde. Angemessen ist nach Ansicht von Experten ein Pachtzins von 5 Euro.

Die PDS-Ratsgruppe unterstützt die Kritik der Flughafengegner und wird einem Antrag von CDU und Grünen zur Sitzung des Essener Stadtrates am 25.2.2004 zustimmen. Darin wird die Stadt Mülheim gebeten, die Entscheidung bis zu weiteren gemeinsamen Beratungen zurückzustellen. Ziel ist nach wie vor ein Konsens für die weitere Entwicklung, auch im Hinblick auf eine Gewerbeansiedlung an der Stadtgrenze.

syb, wof

TERMINE

Montag, 1. März

Hartz-Gesetze machen arm. – Brauchen wir einen Mindestlohn? Veranstaltung des Bündnisses Soziale Bewegung mit Prof. Dr. Helga Spindler (Universität Duisburg-Essen). 17.00 Uhr, DGB-Jugendheim, Schützenbahn 11 – 13 (Hinterhof)

PDS-Ratsgruppe. 19.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Dienstag, 2. März

Arbeitskreis Kinderbeteiligung im Essener Westen. 17.30 Uhr, Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstr. 8

Montag, 8. März

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro

Mittwoch, 10. März

PDS-Mitgliederversammlung. 19.30 Uhr, Haus Kalthoff, Lenbachstr. 3

Donnerstag, 11. März

„Runder Tisch für Menschenrechte, gegen Rassismus“. 19.00 Uhr, Internationales Zentrum, Maxstr. 11

Montag, 15. März

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro

Dienstag, 16. März

Pro Asyl/Flüchtlingsrat. 19.30 Uhr, Internationales Zentrum

Mittwoch, 17. März

Essener Friedensforum. 19.00 Uhr, Volkshochschule Essen, Hollestr. 75

Samstag, 20. März

Tribunal gegen Sozialabbau. Veranstaltung des Bündnisses Soziale Bewegung mit namhaften Experten. 10.00 Uhr, Gesamtschule Holsterhausen, Böcklinstr. Dazwischen: Demonstration zum Internationalen Aktionstag für Frieden. 13.00 Uhr ab Gesamtschule

Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten.
Bitte schicken Sie das „Stadtrotinfo“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
Postleitzahl, Ort

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-8602904.

Impressum:

„Stadtrotinfo“, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen, An St. Marien 1, 45141 Essen. Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906, www.pds-essen-im-rat.de, e-mail buero@pds-essen-im-rat.de

AUS DEM RAT

Essen wird sich für das Ruhrgebiet um den Titel „**Kulturhauptstadt Europas 2010**“ bewerben. Das beschloss die Mehrheit des Rates gegen die Stimmen der PDS. Die Gründe für die Ablehnung durch die PDS-Ratsgruppe sind im Artikel auf Seite 2 nachlesbar.

In einem von den Fraktionen vorgelegten, einstimmig verabschiedeten Antrag zu Entwicklung auf Zollverein sind etliche Punkte enthalten, die die PDS seit Monaten fordert. Einen darüber hinausgehenden PDS-Antrag zur Überprüfung der Entwicklungsgesellschaft **Zollverein** wurde von der Ratsmehrheit jedoch abgelehnt. Man sieht nicht die Notwendigkeit des Einschaltens des Prüfungsausschusses und ist der Meinung, dass mit den Veränderungen des Aufsichtsrates der Entwicklungsgesellschaft die Bedingungen für ein besseres Arbeiten auf Zollverein geschaffen wurden. Gabriele Giesecke wies für die PDS darauf hin, dass es sinnvoll wäre, für die Koordinierung der Aufgaben auf Zollverein einen Lenkungsreis zu installieren. Auf Grund des verlorengegangenen Vertrauens in den Chef der EGZ blieb sie auch bei der Forderung nach Ablösung von Herrn Roters.

Der Umbau der Straßenführung am **Berliner Platz** ist beschlossen. Mit dem Bau eines Kreisverkehrs soll bald begonnen werden. Nicht nur die PDS betrachtet diesen Beschluss als zum jetzigen Zeitpunkt völlig unnötig, da noch überhaupt klar ist, was mit dem Berliner Platz wird. Es können z.B. keinerlei Aussagen zur straßenmäßigen Anbindung des Karstadtprojektes gemacht werden, das vermutlich die Arkaden-Planung ablöst. Weiterhin steht die Finanzierung des Umbaus noch in den Sternen, da die Grundstücksverkäufe am Berliner Platz – sie sollen die nötigen Finanzen einspielen – noch in weiter Ferne liegen. Aber mit CDU/FDP-Mehrheit ging die Vorlage durch. *Hans-Jürgen Schwartz*

Signal gegen Rassistische Gewalt

Aktion Noteingang findet auch in Essen Unterstützung

Nach längerem Vorbereiten startet am 26.2.2004 um 16.00 Uhr an der Marktkirche in Essen offiziell die „Aktion Noteingang“. Auch in Essen sind immer wieder Menschen bedroht und angegriffen, beleidigt und verächtlich gemacht worden, weil sie anders sind. Durch das Anbringen eines Aufklebers mit dem Aufdruck „Noteingang“ z.B. an den Türen von Geschäften, Kirchen etc. soll bedrohten Menschen signalisiert werden: Hier finden sie Schutz. Gleichzeitig soll ein gesellschaftliches Klima der Toleranz und des friedlichen Miteinanders gefördert werden.

Die Initiative zur Aktion Noteingang ging von Pro Asyl Essen im Frühjahr 2003 aus. Obwohl der Ausländerbeirat die Initiative sofort unterstützte, lehnte Oberbürgermeister Dr. Reiniger die Bitte ab, die Schirmherrschaft zu übernehmen. Durch die Aktion Noteingang würde ein negatives Bild von Essen entstehen. Das sehen die Essener Erstunterzeichner eines Aufrufes zur Aktion Noteingang, darunter die PDS-Ratsgruppe, anders: „Die Aktion Noteingang kann ein geeignetes Mittel sein, wenn es darum geht, Sensibilität, Zivilcourage und Solidarität zu entwickeln und zu stabilisieren ... Zutreffend hat es die evangelische Kirche auf den Punkt gebracht: „Das, was wir jetzt erschrocken beklagen, ist nicht an den Rändern entstanden, sondern in der Mitte der Gesellschaft. Und nur von dort ist ihm entgegen zu wirken. Das heißt: von uns allen.“

Schülerinnen und Schüler der Holsterhauser Gesamtschule werden mit Straßentheater den Start der Aktion in der Innenstadt begleiten. Die Schülerinnen und Schüler thematisieren ihre eigenen Erfahrungen mit Gewalt im öffentlichen Raum und mögliche Reaktionen darauf. Damit soll eine breitere Öffentlichkeit über das Anliegen der Aktion No-

teingang informiert werden. Ein erster Aufkleber wird im Rahmen der Aktion am EVAG-Kundencenter im City-Center angebracht. Die EVAG prüft, ob sie die Aufkleber nicht an Bussen und Bahnen anbringen kann. In der Nachbarstadt Mülheim ist dies bereits der Fall. Das wäre ein erster großer Erfolg der Aktion Noteingang, die damit in ganz Essen präsent wäre.

Ziel der Initiatoren der Aktion Noteingang ist es, dass der Aufkleber in Essen überall präsent ist. Wer sich beteiligen will, kann Informationen, Verhaltenstipps und Aufkleber bei Pro Asyl, Maxstr. 11, Tel. 232060 erhalten.

Gabriele Giesecke

Schöffen für die Essener Amtsgerichte

Die im Rat der Stadt Essen vertretenen politischen Parteien können für die Amtsperiode 2005 – 2008 Vorschläge für Schöffen bei den Essener Amtsgerichten machen. An diesem verantwortungsvollem Ehrenamt interessierte und geeignete Bürgerinnen und Bürger können sich dazu in der Geschäftsstelle der PDS-Ratsgruppe, An St. Marien 1, 45141 Essen, Informationsmaterial abholen bzw. melden, wenn sie in die Vorschlagsliste der PDS aufgenommen werden wollen.

e-mail-Verteiler

Für alle Interessierten bietet die PDS-Ratsgruppe einen e-mail-Verteiler an. Wer will, erhält darüber regelmäßig die aktuellen Pressemitteilungen der PDS. Einfach buero@pds-essen-im-rat.de anmailen! Auch auf der Internet-Seite www.pds-essen-im-rat.de finden sich aktuelle Infos.